

## Pressemitteilung

9. November 2025

### **Neue Studie: Hohe Mieten verstärken die Armut in Hessen**

Paritätischer Wohlfahrtsverband fordert Kommunalpolitik zum Handeln auf

Fast ein Viertel der Menschen in Hessen lebt in Armut, wenn die Wohnkosten berücksichtigt werden. Das ist das erschreckende Ergebnis einer Studie, die der Paritätische Gesamtverband heute veröffentlicht hat.

"Die Mieten laufen in Hessen immer mehr aus dem Ruder. Längst sind sie auch für Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen kaum mehr bezahlbar. Hier muss dringend auf allen politischen Ebenen gegengesteuert werden", sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen. "Neben Bund und Land sind auch die Kommunen in der Pflicht. Der Mietenwahnsinn muss mit Blick auf die Kommunalwahl im März 2026 ganz oben auf die Themenliste."

Nach der neuen Studie sind in Hessen 22,7 Prozent der Menschen armutsgefährdet, wenn Wohnkosten berücksichtigt werden. Das sind 6,8 Prozentpunkte mehr als nach der konventionellen Berechnung nach dem Einkommen und ohne Einbeziehung der Mietkosten, die für Hessen eine Armutsquote von 15,5 Prozent ergibt. Demnach sind in Hessen 407.000 mehr Menschen armutsgefährdet als nach der konventionellen Berechnung. Statt 989.000 Menschen gelten demnach 1.396.000 Menschen in Hessen als arm.

"Die Versorgung mit Wohnraum ist ein Menschenrecht und darf nicht allein dem Markt überlassen werden", so Lars Lauer, Referent für Soziale Notlagen beim Paritätischen Hessen. "Auf kommunaler Ebene gibt es diverse Stellschrauben, wie Städte und Gemeinden für Verbesserung sorgen können."

Der Paritätische Hessen wünscht sich für die Kommunalwahl 2026 demokratische Mehrheiten, die dafür sorgen, dass der soziale Wohnungsbau deutlich ausgeweitet wird. Es gilt zudem, spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung einzudämmen. Um den Mietenanstieg zu stoppen, braucht es flächendeckend Mietendeckel und Mietenstopps in kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Für Haushalte, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, sollten die Kommunen die Wohnkosten in voller Höhe übernehmen. Aktuell müssen Betroffene oft einen Teil der Miete von dem

Geld bezahlen, das eigentlich für Essen, Kleidung und den übrigen Lebensunterhalt vorgesehen ist.

Um den Zugang zu Wohnraum für vulnerable Gruppen zu verbessern, sollte es in allen hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten soziale Wohnraumhilfen geben. Sie akquirieren Wohnraum und vermieten diesen weiter, bei Bedarf verbunden mit einer sozialen Betreuung der Mieter\*innen. Um Wohnungslosigkeit präventiv abzuwenden, sollten alle Gebietskörperschaften in Hessen flächendeckend Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit etablieren.

Die Expertise zur Wohnarmut basiert auf einer Sonderauswertung im Auftrag des Paritätischen, die auf offiziellen Daten des Statistischen Bundesamtes (auf Grundlage von MZ-SILC) basiert. Bei der Berechnung der Armutquoten werden alle Personen gezählt, die in Haushalten leben und deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. Anders als bei der konventionellen Armutsberechnung werden bei der Wohnarmutsberechnung bei der Ermittlung des Medians die Wohnkosten abgezogen.

Die Expertise des Paritätischen Gesamtverbands finden Sie [unter diesem Link](#).

**Ansprechperson für die Presse:**

Lars Lauer Referent für Soziale Notlagen

Tel: 069 955262 30

Mobil: 0152 22557709

[lars.lauer@paritaet-hessen.org](mailto:lars.lauer@paritaet-hessen.org)

---

**Der Paritätische Hessen** ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen sind in den Einrichtungen tätig.

**Der Paritätische Hessen** vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.